

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 3, Februar 2022

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Neues aus Europa	2
Ukraine-Krise – Auswirkungen auf die energieintensive Industrie	2
Neues aus Berlin	2
Ende der EEG-Umlage	2
Neues aus der Verwaltung	3
Klaus Müller wird neuer Präsident der Bundesnetzagentur	3
Wiederaufnahme der Industrieförderung	3
Über uns	4
Ihre Ansprechpartner	4
Redaktion	4

Neues aus Europa

Ukraine-Krise – Auswirkungen auf die energieintensive Industrie

Die beunruhigenden Entwicklungen in der Ukraine führen derzeit in vielen energieintensiven Unternehmen zu drängenden Fragen im Zusammenhang mit ihrer Versorgungssicherheit, zur Planbarkeit der Energiebeschaffung und zur weiteren Entwicklung der Energiepreise. Krisenstäbe und Ad-hoc-Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit Notfallplänen, entwerfen Krisenkonzepte und blicken mit erwartungsvollen Blicken in Richtung Politik und Behörden.

Auf viele der drängenden Fragen in diesem Zusammenhang gibt es keine vorgestanzten Antworten. Berücksichtigt man außerdem die Dynamik der Ereignisse und die angestrebten Bemühungen der Politik zur Auslotung von Lösungsmöglichkeiten in alle Richtungen, sollte ein Fokus im Rahmen der unternehmensindividuellen Sondierung auf der Schaffung von Optionen und der Bündelung von Kompetenz zur Erarbeitung möglichst robuster Krisenpläne liegen.

Fragen, denen in diesem Zusammenhang eine Bedeutung zukommen dürfte, lauten beispielsweise:

- Ist tatsächlich mit Lieferengpässen im Rahmen der Erdgasversorgung zu rechnen? Wie kann im Falle von Lieferengpässen auf technischer Ebene reagiert werden? Gibt es alternative Bezugswege oder Möglichkeiten zur Substitution des Energieträgers Erdgas im Rahmen des Produktionsprozesses? Wie würde sich eine eingeschränkte Erdgasversorgung konkret auswirken? Wann und unter welchen Voraussetzungen wäre mein Betrieb von einer solchen Einschränkung betroffen? Decken bestehende Krisenkonzepte die derzeit im Raum stehenden Gefahren im ausreichenden Maße ab?
- Wie entwickeln Sie die Erdgaspreise? Wird mein Lieferant/ Werden meine Lieferanten steigende Erdgasbeschaffungskosten ohne Weiteres an mich weitergeben (können)? Welche Möglichkeiten eröffnen insofern die bestehenden Lieferverträge und welche vertraglichen Flexibilität können genutzt werden?

Gerne unterstützen wir Sie dabei, Ad-hoc-Arbeitsgruppen einzurichten und Krisenkonzepte zu überarbeiten bzw. zu erstellen, um angemessen auf die akute Situation zu reagieren. Wir bringen dabei unsere Erfahrung ein und helfen Ihnen, kurzfristig die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Werden Abstimmungen mit Behörden oder Marktpartnern nötig, begleiten wir Sie dabei gern.

Neues aus Berlin

Ende der EEG-Umlage

Nach dem Koalitionsbeschluss vom 23.02.2022 zur Eindämmung der hohen Energiekosten soll die EEG-Umlage schon im Juli 2022 wegefallen.

Als Reaktion auf die steigenden Energiekosten haben sich die Spitzen von SPD, FDP und Grünen am 23.02.2022 auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Neben der Erhöhung der Pendlerpauschale, Steuererleichterungen bei den Werbungskosten und dem Grundfreibetrag, sowie Unterstützung für sozial schwache Menschen soll die EEG-Umlage früher als geplant schon zum 01.07.2022 wegfallen.

Eigentlich sollte die EEG-Umlage nach dem Willen der Koalition zum 01.01.2023 abgeschafft werden, nachdem zu Beginn des Jahres die EEG-Umlage schon von 6,5 ct/kWh auf 3,7 ct/kWh gesenkt worden war. Wie bisher geplant, sollen die Gelder in Zukunft aus dem Bundeshaushalt, genauer dem Energie- und Klimafond finanziert werden, in dem schon milliardenschwere Rücklagen gebildet wurden.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RAin Sarah Müller
Tel.: +49 211 981-1970
sarah.s.muller@pwc.com

Bundesfinanzminister Christian Lindner nannte für den Ausgleich der EEG-Umlage allein eine Summe von 6,6 Milliarden Euro.

Die Koalition erwartet, dass die Stromanbieter die Entlastung in vollem Umfang weitergeben. Bisher stehen viele Stromversorger in der Kritik, da entgegen der Erwartungen die Senkung der Umlage nicht an die Stromverbraucher weitergegeben worden war. Um die Weitergabe sicherzustellen plant Wirtschaftsminister Robert Habeck einen entsprechenden Gesetzentwurf.

Im Vorfeld der Entscheidung war eine Umfrage des BDI erschienen, nach der 88 Prozent der Industrieunternehmen in den gestiegenen Energiepreisen eine starke oder sogar existenzbedrohende Herausforderung sehen. Zwei Drittel der Unternehmen gaben an, dass sie die gestiegenen Energiepreise kaum oder gar nicht an ihre Kunden weitergeben könnten, ein Drittel der Unternehmen müsse nun Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität zurückstellen.

Gerne erörtern wir mit Ihnen, welche Auswirkungen die anstehenden Gesetzesänderung für Ihr Unternehmen haben könnten und unterstützen Sie bei der rechtssicheren Implementierung von Dekarbonisierungs- und Energiekosteneinsparmaßnahmen im Rahmen Ihrer Energie- und Klimastrategie.

Hinweisen wollen wir an dieser Stelle auch auf unser in der Anlage eingehender dargestelltes Beratungsangebot **Energie- und Klimathemen weiterdenken!**, welches dabei hilft, die akuten und bevorstehenden Herausforderungen Energie- und Klimabereich zu meistern. Sprechen Sie uns dazu gerne an!

Neues aus der Verwaltung

Klaus Müller wird neuer Präsident der Bundesnetzagentur

Auf Vorschlag des Beirats der Bundesnetzagentur hat das Bundeskabinett beschlossen, Klaus Müller als neuen Präsidenten der Bundesnetzagentur zu benennen. Vor dem offiziellen Amtsantritt hat noch die Ernennung durch den Bundespräsidenten zu erfolgen.

Der amtierende Präsident, Jochen Homann, tritt Ende Februar in den Ruhestand. Klaus Müller ist Diplom-Volkswirt und seit 2014 Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV).

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Wiederaufnahme der Industrieförderung

Nachdem Bundeswirtschaftsminister Habeck die KfW-Förderung im Januar kurzfristig gestoppt hatte, wurde die Förderung nun nach einem Beschluss des Haushaltsausschusses wieder gestartet.

Seit dem 22.02.2022 können wieder Anträge im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) bei der KfW zur energieeffizienten Sanierung von Gebäuden gestellt werden. Die Förderung war eine Woche vor Antragsfrist gestoppt worden, weil die zur Verfügung gestellten Mittel für das hohe Antragsvolumen nicht ausreichten.

Nach Brancheninformationen soll auch die Bundesförderung für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (EEW) fortgesetzt werden. Förderanträge im Rahmen des Modul 5 für Transformationskonzepte

RAin Sarah Müller
Tel.: +49 211 981-5396
sarah.s.muller@pwc.com

können weiter eingereicht werden. Die entsprechende formelle Ankündigung des Bundesfinanzministeriums steht derzeit noch aus.

Ziel der Förderung der Transformationskonzepte ist es, Unternehmen bei der Planung und Umsetzung der eigenen Transformation hin zur Treibhausneutralität zu unterstützen. Die Förderung ist dabei auf maximal 80.000 Euro und 50% der zuwendungsfähigen Investitionssumme beschränkt.

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael H. Küper, M.Sc.

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Rain Alexandra Ufer

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael H. Küper, M.Sc.

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Februar 2022 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

www.pwc.de

Energie- und Klimathemen weiterdenken!

In turbulenten Zeiten den Überblick behalten, Energiekosten reduzieren sowie neue Chancen erkennen und nutzen.

Die Energie- und Klimatransformation wird einen gravierenden Anpassungsprozess der Industrie in Deutschland erforderlich machen. Hier am Ball zu bleiben, wird für die Industrie überlebenswichtig sein und viele Unternehmen mit ihren fachlichen Kapazitäten in höchstem Maße beanspruchen bzw. überfordern.

Konzentrieren Sie sich auf mögliche Kosteneinsparungen durch Privilegien bei den Energiesteuern, -abgaben und -umlagen. Nutzen Sie das Wissen unserer Expert:innen!

Die Herausforderung

Das Energiemarktdesign in Deutschland und damit auch die energieintensive Industrie stehen vor einem weitreichenden Umbau - die erneuerbaren Energien sollen noch massiver ausgebaut und die Energieerzeugung durch Kohle schnellstmöglich reduziert werden.

Ein Klimaschutz-Sofortprogramm mit allen Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein, so dass alle Maßnahmen ab 2023 wirken sollen; ein erstes Paket mit besonders eilbedürftigen Gesetzen und Vorhaben soll bereits im Frühjahr 2022 im Kabinett beschlossen werden.

Die Bedingungen der Energieerzeugung, -versorgung und des -verbrauchs werden sich in den kommenden Jahren so gravierend verändern, wie dies in vergangenen Jahrzehnten nicht der Fall war. Dies wird einen gravierenden Anpassungsprozess der Industrie in Deutschland erforderlich machen.

Vor diesem Hintergrund ist es alternativlos, sich mit den bevorstehenden umfassenden gesetzlichen Änderungen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und der damit einhergehenden Reform des Abgaben- und Umlagesystems frühzeitig auseinander zu setzen.

Unsere Lösungen

Für Unternehmen des produzierenden Gewerbes werden sich gravierende Einschnitte zum bisherigen „eingespielten“ Vorgehen z.B. im Zusammenhang mit Entlastungsanträgen ergeben. So dürfte fraglich sein, inwieweit zukünftig noch Anträge auf die Besondere Ausgleichsregelung zu stellen sind oder inwieweit Strommengen, welche an Dritte weitergeleitet werden oder selbst erzeugt werden, noch zu melden sind. Auch die Frage, ob die strikte Einhaltung der Personenidentität noch Relevanz entfaltet dürfte viele Eigenversorger umtreiben.

All diese Fragen werden wir gemeinsam mit Ihnen in einem ca. **3-stündigen Workshop** erörtern und stellen Ihnen und allen interessierten Mitarbeitenden Ihres Unternehmens die beabsichtigten gesetzlichen Neuerungen sowie deren **Auswirkungen auf das Abgaben- und Umlagesystem** in Deutschland dar. Ferner zeigen wir auf, welche Maßnahmen zur Verhinderung von Carbon-Leakage geplant sind und welche Anforderungen an eine **Inanspruchnahme von zukünftigen Entlastungstatbeständen** zu stellen sind.

Sie erhalten von uns durch den Workshop eine Übersicht zu den Möglichkeiten, welche sich für Ihr Unternehmen zur

Inanspruchnahme von Entlastungstatbeständen ergeben sowie welche Pflichten zukünftig entfallen bzw. hinzu treten. Hierdurch können Sie sichergehen, auf dem neusten Stand zu sein.

Darüber hinaus bieten wir Ihnen im Rahmen eines alle zwei Wochen digital stattfindenden **Jour Fixe** (ca. 30 Minuten) an, mit Ihnen und allen interessierten Mitarbeitenden Ihres Unternehmens die aktuellen politischen Diskussionen, gesetzgeberischen Entwicklungen sowie Behörden- und Gerichtsentscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene aus den Bereichen **Energie-, Klima- sowie Energie- und Stromsteuerrecht** zu besprechen. Wir werden den Jour Fixe inhaltlich vorbereiten und hierbei natürlich auch gerne Ihre Themenvorschläge aufgreifen.

Nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch verschiedene Maßnahmenpakete auf Ebene der Europäischen Union (z.B. Green Deal, Fit for 55) werden in naher Zukunft, neben dem im Frühjahr 2022 erwarteten Gesetzespaket für eine Vielzahl neuer regulatorischer Vorgaben sorgen, die Auswirkung auf nahezu alle Geschäftsbereiche eines Unternehmens haben. Umso wichtiger ist es, dass alle involvierten Mitarbeitenden über aktuelle Trends und Entwicklungen

schnellstmöglich auch abseits des o.g. Workshops fortlaufend informiert werden, um mögliche Handlungsschritte hieraus ableiten zu können.

Natürlich stehen wir Ihnen mit unserem erfahrenen Team darüber hinaus auch bei weiteren energie- und klimarechtlichen Fragen als Partner gemeinsam mit unseren Kolleg:innen der energiewirtschaftlichen Beratung zur Seite.

Ihr Mehrwert

Neben einem attraktiven Preismodell mit kalkulierbaren Kosten ergeben sich für Sie eine Reihe weiterer Vorteile. So entsteht Ihnen kein personeller Aufwand durch eigenständige Recherche oder die Erschließung komplexer Zusammenhänge. Sie erhalten stets zeitnahe Übersichten zu allen relevanten Entwicklungen in den Bereichen Energie- und Klima. Profitieren Sie hierbei von den Einschätzungen und Handlungsempfehlungen unserer Expert:innen.

Dabei kann der Jour Fixe als fester Termin des Austausches für alle relevanten Fachbereiche in Ihrem Unternehmen dienen und die Möglichkeit für Rückfragen und zu Diskussionen geben. Nutzen Sie unser Netzwerk zu Verbänden, Unternehmen sowie in die Politik. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Kolleg:innen der energiewirtschaftlichen Beratung sowie der Steuerberatung hilft uns stets ein umfassendes Bild aufzeigen zu können

Dabei richtet sich unser Angebot nicht nur an die Leitungsebene im Unternehmen, sondern an alle relevanten Bereiche vom Controlling über die Produktion (z.B. Werks-/Kraftwerksleitung) bis zur Rechtsabteilung.

PwC Legal – Partner der energieintensiven Industrie

Das Energie- und Klimarecht ist – nicht zuletzt im Zuge der Energiewende – zu einer komplexen und sich stetig weiterentwickelnden Materie geworden. Wir unterstützen Sie mit Weitsicht und Erfahrung entlang der gesamten Wertschöpfungskette, ganz gleich ob im Rahmen anspruchsvoller Energiekonzepte (z.B. Photovoltaik, E-Mobilität), bei Maßnahmen bzw. Verfahren zur Energiekostenreduktion, bei Vertragsgestaltungen und -verhandlungen oder bei der effizienten Nutzung innovativer Technologien.

Jährlich zu stellende Anträge mit materiellen Ausschlussfristen gepaart mit einer komplexen und dynamischen Materie stellen Anlagenbetreiber und Letztverbraucher dabei vor besondere Herausforderungen. Die Entwicklung des Energie- und Klimarechts in den vergangenen Jahren weist starke Parallelen zur Änderungsdynamik im Steuerrecht auf. Als hoch spezialisiertes Team mit guten Kontakten zu Behörden und Verbänden sind wir stets up-to-date. Besonders wichtig ist uns die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Mandanten, denn je besser wir sie kennen und verstehen, umso gezielter können wir sie unterstützen.

Ihre Ansprechpartner

Haben Sie Fragen zu unserem Angebot und den Konditionen, wenden Sie sich gerne an uns.

Rechtsanwalt Michael H. Küper
Partner
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Rechtsanwalt Matthias Stephan
Senior Manager
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com